

Deutschland: Recherche in evangelikaler Bekenntnisschule

Der WDR recherchierte in einer evangelikalen Schule, in der Homosexualität mit Pädophilie gleichgesetzt wird. Der Verband Evangelischer Bekenntnisschulen reagierte mit schweren Vorwürfen.

Wolfgang Stock, der Generalsekretär des Verbandes Evangelischer Bekenntnisschulen (VEBS), hat laut dem evangelikalen Magazin "pro" eine Programmbeschwerde gegen den Westdeutschen Rundfunk wegen eines Beitrags im Landespolitik-Podcast "WDR Rheinblick" vom 17. Dezember eingelegt. Darin waren zwei Volontärinnen über ihre Undercover-Recherche in evangelikalen Schulen interviewt worden. Das knapp 25-minütige Gespräch ist wie der eigentliche Recherche-Beitrag für WDR 5 bis Ende dieses Jahres auf der Homepage des öffentlich-rechtlichen Kölner Senders erhältlich.



In dem Interview seien Russlanddeutsche rassistisch beleidigt worden, beklagte Stock. So schädige der WDR das Zusammenleben verschiedener Kulturen im Land und bilde diese Vielfalt nicht auf konstruktive Weise ab. Ausserdem, erklärte Stock weiter, sei die verdeckte Recherche unzulässig, da kein "besonderes öffentliches Interesse" an diesem Thema bestehe.

In dem Podcast erklärten die beiden Volontärinnen konkret, dass das Schicksal eines 17-jährigen schwulen Schülers Anlass für ihre Recherche gewesen sei. Johannes (Name geändert) habe sich als Schwuler in einer derartigen Bekenntnisschule unwohl gefühlt und nicht outen können. Der Jugendliche habe auch die Homophobie innerhalb der Schule beschrieben, etwa dass ein Lehrer vor minderjährigen Schüler*innen Homosexualität und Pädophilie gleichgesetzt habe. Deshalb habe man sich in den Schulen als interessierte Eltern ausgegeben, um das wirkliche Leben dort kennenzulernen.

Die von Stock beschriebene angebliche Russophobie im Podcast bestand aus praktisch zwei Sätzen. Eine Volontärin beschrieb in dem Podcast, dass Lehrer*innen und Schüler*innen einer Schule vor allem der Gruppe von Menschen angehörten, "die vor allem aus der Sowjetunion gekommen sind". Dort hätten sie "über 200 Jahre lang ihren Glauben in der Form konserviert, wie es damals üblich war, also bevor die Evolutionstheorie oder Gender-Fragen diskutiert wurden". Der Russophobie-Vorwurf ist bereits seit Jahren eine beliebte Taktik des russischen Propaganda-Senders RT, um auf Vorwürfe LGBTI-feindlicher Politik in Russland zu reagieren.

In dem WDR-Podcast stellten die Autorinnen übrigens klar, dass sie am Existenzrecht von Bekenntnisschulen nicht rütteln wollten. Zudem betonten sie, dass es viele Unterschiede bei Bekenntnisschulen gebe.

Bereits letztes Jahr gab es Kritik an einer evangelikalen Bekenntnisschule in Bremen, weil diese einen trans Schüler wegen dessen Geschlechtsidentität drangsaliert haben soll. Auch die Staatsanwaltschaft nahm Ermittlungen auf. Aktivist*innen forderten, die staatliche Finanzierung dieser Schulen zu beenden, die "wie Superspreeder bei der Verbreitung von Hass und Verachtung gegen anders Liebende" wirkten.

VEBS-Vertreter Stock hatte bereits in der Vergangenheit gegen LGBTI Stimmung gemacht. So gehörte er 2009 zu den Unterzeichnern der "Marburger Erklärung" ("Für Freiheit und Selbstbestimmung – gegen totalitäre Bestrebungen der Lesben- und Schwulenverbände"). Darin wird LGBTI-

Organisationen vorgeworfen, Totalitarismus anzustreben. Ausserdem wird für die "Heilung" von Homosexualität geworben.

queer.de / 26.2.2021